



Reden am March against Monsanto & Syngenta, 18. Mai 2019

Jonas Schälle und Matthias Landolf von Public Eye:

1. Hochgefährliche Pestizide

«Es gibt kein schlechtes Wetter, es gibt nur falsche Kleidung.» Diesen Satz pflegt mein Vater zu sagen. Syngenta sagt: Es gibt keine gefährlichen Pestizide, nur falsche Schutzausrüstung...

Tatsächlich ist jedes dritte Pestizid hochgefährlich für den Menschen oder die Umwelt, und steht darum auf der international anerkannten schwarzen Liste des «Pesticide Action Network». Damit gehören 310 von 1000 Wirkstoffen, die zurzeit auf dem Markt sind, zu den hochgefährlichen Pestiziden. Diese Pestizide sind zum Beispiel nachweislich akut extrem giftig, lebensgefährlich beim Einatmen, krebs-erregend, erbgutverändernd oder schädlich für die Fortpflanzung und das Hormon-system. Gegen solch giftige Pestizide gibt keine «richtige» Schutzkleidung und keine sichere Anwendung.

Umso gravierender ist die Tatsache, dass rund **60% des weltweit ausgebrachten Pestizidvolumens hochgefährliche Pestizide sind!** Das sind 2 Millionen Tonnen oder 800 olympische Schwimmbecken reines Gift, das pro Jahr auf den Feldern versprüht wird. Viele dieser Pestizide sind in der EU und der Schweiz längst verboten.

2. Geschäftsmodell Syngenta

Public Eye wollte wissen: WER verkauft diese besonders giftigen Pestizide, und WO werden sie eingesetzt? Auf der Basis von exklusiven Industriedaten haben wir herausgefunden: **2017 hat kein Konzern mehr Geld mit hochgefährlichen Pestiziden verdient als der Basler Multi Syngenta: schätzungsweise 3,9 Milliarden US-Dollar.** Das sind mehr als 40 Prozent der 9,2 Milliarden Dollar Umsatz, die der Konzern mit dem Pestizidverkauf insgesamt generierte. Die Hälfte der Pestizide, die Syngenta als ihre Bestseller präsentiert, sind „hochgefährlich“. Der Basler Multi verspricht uns «erstklassige Forschung und innovative Lösungen». In Wahrheit aber macht Syngenta seinen Umsatz grösstenteils mit einigen wenigen hochgiftigen Kassenschlagern: Glyphosat, Atrazin und Paraquat sind seit Jahrzehnten auf dem Markt, obwohl ihre massiv gesundheitsschädigende Wirkung längst bekannt ist!

Syngenta macht also weltweit ein Riesengeschäft mit hochgefährlichen Pestiziden. Weltweit? Nein, nicht wirklich. **Unsere Analyse zeigt, dass der Konzern rund zwei Drittel seines Umsatzes mit hochgefährlichen Pestiziden in Entwicklungs- und Schwellenländern macht.** Dort dürfen zahlreiche Pestizide nach wie vor verkauft werden, die in der Schweiz und der EU teilweise längst nicht mehr zugelassen sind.



Allein in Brasilien verkaufte Syngenta 2017 hochgefährliche Pestizide im Wert von knapp einer Milliarde Dollar!

3. Unsere Forderungen

Unsere Recherchen zeigen: **Statt ihre Nachhaltigkeitsversprechen endlich umzusetzen, flutet Syngenta Entwicklungs- und Schwellenländer mit hochgiftigen Pestiziden** und gefährdet dadurch die Gesundheit der Menschen und die Umwelt massiv.

Wir fordern ein Ende der Ausnützung von Doppelstandards! Was bei uns als zu gefährlich gilt, ist es auch anderswo! Syngenta, stellt den Verkauf von hochgiftigen Pestiziden endlich **weltweit** ein!

Wir fordern eine Sorgfaltspflicht im Sinne der Konzernverantwortungsinitiative! Es ist ein Skandal, dass Konzerne Milliarden Gewinne mit hochgefährlichen Chemikalien einfahren können, auch wenn diese die Umwelt schädigen oder Menschenrechte verletzen. Syngenta muss für die Schäden, die ihre Produkte verursachen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir fordern die Schweizer Politik zum Handeln auf! Als Produktionsstandort und Sitz einer der grössten Pestizidfirmen trägt die Schweiz eine besondere Verantwortung. Sie muss den Export von Pestiziden, die hierzulande verboten sind, stoppen und sich für eine internationale Lösung einsetzen: Es ist höchste Zeit, hochgefährliche Pestizide weltweit vom Markt zu nehmen und ihre Produktion einzustellen!

Wir gehen heute auf die Strasse, um für eine zukunftsfähige, gerechte Landwirtschaft zu demonstrieren. Wir haben genug von den freiwilligen Versprechen und Nachhaltigkeitsberichten! **Es braucht endlich verbindliche Regeln für Agrarmultis!** Deshalb JA zur Konzernverantwortungsinitiative im nächsten Februar!



Nicole Gisler von der Klimaallianz:

Am 28. September treffen wir uns zur nationalen Klimademo in Bern, weil es einen Wandel braucht.

Über 30 Prozent der weltweiten Emissionen an Treibhausgasen gehen zu Lasten der industriellen Landwirtschaft. Wälder werden gerodet, eine intensive Tierhaltung betrieben, enorme Mengen an Kunstdünger und Maschinen eingesetzt. Die industrielle Landwirtschaft, in der Syngenta eine marktführende Rolle übernimmt, heizt die globale Klimaerwärmung kräftig mit an.

Trotzdem hat die Stadt Basel sich während den letzten Jahren nicht nur geweigert, den Agrarchemiekonzern Syngenta genauer unter die Lupe zu nehmen. Im Gegenteil: Aktiv schuf sie neue Steuerschlupflöcher für Grosskonzerne oder unterstützt Syngenta mit Partnerschaften beim Aufpolieren ihres Images.

Klimanotstand sieht anders aus!

Wir brauchen weder eine von der Syngenta gesponserte Basler Stadtnaturapp, noch den Export hochgefährlicher Pestizide oder Steuererleichterungen für Grosskonzerne.

Wir brauchen einen Wandel!

Echte Zukunftsvisionen beruhen auf mutigen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entscheidungen. Auf Entscheidungen, die nicht auf den kurzfristigen Nutzen ausgerichtet sind, sondern in längerfristigen Perspektiven zu denken.

Es braucht klimagerechte Lösungen, die globale Gerechtigkeit zum Ziel haben.

Es braucht eine andere Landwirtschaft, weg von der industriellen Landwirtschaft hin zu einer regionalen, ökologischen Landwirtschaft.

Heute sind wir hier, weil wir auf einen Teil der Klimakrise hinweisen. Und drei Wochen vor den nationalen Wahlen treffen wir uns am 28. September zur nationalen Klimademo in Bern. Weil es nicht nur einen Wandel in der Landwirtschaft, sondern einen Wandel auf verschiedensten Ebene braucht.

Weil der Klimanotstand und eine effektive und gerechte Klimapolitik uns alle etwas angehen.

Wir treffen uns am 28. September in Bern und stehen ein für eine Zukunft.



Judith Reusser von Swissaid:

Eine andere Welt ist möglich. Eine andere Landwirtschaft ist nötig. Diesem Aufruf seid ihr gefolgt, deshalb seid ihr heute hier!

Nach wie vor hungern über 800 Mio. Menschen. Paradoxerweise sind es die Kleinbauernfamilien, die am stärksten betroffen sind. Dieses Problem zu lösen, sollte das oberste Ziel von uns allen sein. Unsere Überzeugung, dass die multinationalen Agrarkonzerne nicht zur notwendigen Transformation unserer Landwirtschaft beitragen, hat uns alle heute hierhergebracht.

Es herrscht Notstand: fürs Klima und für die Biodiversität: 1 Million Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht. Und ohne drastischen Richtungswechsel in Politik und Wirtschaft werden wir die Klimaziele des Pariser Abkommens verfehlen.

Eine andere Landwirtschaft ist nötig!

Auch unsere Saatgutvielfalt ist bedroht: Gemäss der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) sind in den vergangenen 100 Jahren weltweit 75% der Sorten verloren gegangen. In Jahrtausende langer Arbeit, von Bäuerinnen und Bauern der ganzen Welt gezüchtet und erhalten, befindet sich das Saatgut heute zunehmend in den Händen grosser Konzerne: Bayer, Syngenta und Corteva (ehemals Dow & Du Pont) kontrollieren alleine mehr als 60 Prozent des internationalen Saatgut-Marktes – eine verheerende Gefahr für unsere Landwirtschaft und für die Existenz von Millionen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Ländern des globalen Südens.

Wollen wir, dass die Agrar-Multis darüber entscheiden, was die Bauernfamilien anbauen? Wollen wir, dass sie die genetischen Ressourcen und damit die Grundlage unserer Ernährung privatisieren? Wollen wir, dass sie über Patente unsere Ernährung kontrollieren?

Nein. Das wollen wir nicht!

Aber obwohl die Europäischen Gesetze Patente auf herkömmlich gezüchtete Pflanzen und Tiere verbieten, patentiert das europäische Patentamt munter weiterhin Melonen, Tomaten, Zwiebeln, Salat, Petersilie, Gurken. Dies füllt die Kassen der grossen Agrarkonzerne und schränkt die Freiheit der Landwirte und Landwirtinnen ein. Wir fordern Bayer, Syngenta und Co dringend auf zu verzichten, auf Patente auf Pflanzen, Saatgut und Gensequenzen.

Auch im globalen Süden ist der freie Zugang zu Saatgut für die Bauernfamilien nicht mehr garantiert. Beeinflusst durch die Saatgutindustrie verabschiedet die Politik restriktive Saatgutgesetze, die in erster Linie den Konzernen dienen. Diese Bestrebungen gefährden die Ernährungssouveränität der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen.

Mit geballter Macht bestimmen die Konzerne heute auch über einen Grossteil der Forschungsinvestitionen und durch gezieltes Lobbying wächst ihr Einfluss auf die Politik. Das zeigt sich auch bei der neuen Gentechnik. Die soll, geht es nach den Agrarkonzernen, ohne Risikoprüfung und ohne Kennzeichnung angebaut und auf den Markt gebracht werden. Die Argumente der Hunger- und Armutsbekämpfung



sind hauptsächlich Konzernpropaganda. Denn besonders in Entwicklungsländern drängt Gentechnik die Kleinbauernfamilien in Abhängigkeit und konfrontiert sie mit verheerenden ökologischen Auswirkungen: Pestizide, Monokulturen, Kontamination lokaler Sorten.

Die Euphorie über die neue Gentechnik scheint mancherorts so gross zu sein, dass wissenschaftlich fundierte Risikoabklärungen nicht mehr eingefordert werden. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen die Politik auffordern zu handeln und die neue Gentechnik, mit ihren bunten Namen wie CRISPR/Cas und Gene Drives, auch als solche zu regulieren und zu kennzeichnen. Das Vorsorgeprinzip und damit die Risikoprüfung muss unbedingt in den Vordergrund gestellt werden.

Eine andere Landwirtschaft ist nötig. Eine andere Welt ist möglich.

Lasst uns mit dem diesjährigen March against Bayer & Syngenta ein grosses Zeichen setzen für eine andere Landwirtschaft, eine gerechte und ökologische Landwirtschaft. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Julia vom Collectiv Climate Justice:

Wenn wir an Syngenta und Bayer denken, kommen und riesige Soya und Mais Felder in den Sinn. Vielleicht fährt ein oder sogar 30 Traktoren darüber oder ein Flugzeug versprüht grossflächig Dünger und Pestizide. Wir denken an krebserregende Giftstoffe in unserem Essen und im Trinkwasser.

Diese Firmen dagegen behaupten, sie seien die Retter der Klimakatastrophe, denn sie würden „effiziente“ Landwirtschaft betreiben. Firmen wie Syngenta und Bayer brauchen die industrielle, klimaschädliche und zerstörerische Landwirtschaft um ihr Geschäftsmodell aufrecht zu erhalten. Genau durch dieses Geschäftsmodell, werden Landwirte von den Multis abhängig und die Klimakrise wird weiter angekurbelt.

Die momentane Landwirtschaft ist zwar meisterlich darin Treibhausgase zu produzieren, könnte aber auch die Klimakrise eindämmen und abschwächen. Wenn die Landwirtschaft Teil der Lösung sein soll, muss sie global gedacht, und lokal gemacht werden. Damit eine nachhaltige, umweltschonende Landwirtschaft und eine vielfältige Natur koexistieren können, muss die Landwirtschaft von der Abhängigkeit grosser multinationaler Konzerne befreit werden.

Es braucht eine gerechte Landnutzung für die lokale Bevölkerung, weniger Fläche für die Fleischindustrie, und keine weiteren Abholzungen von Urwäldern oder Trockenlegungen von Mooren.

Doch wie können wir in der kleinen Schweiz Einfluss auf Bayer und co. nehmen? Indem wir selbstbestimmt den Druck auf die hier ansässigen Banken und Konzerne erhöhen! So wie wir das heute hier in Basel tun!

Doch das ist noch nicht genug! Das Collective Climate Justice lädt euch alle ein am 8. & 9. Juli den schweizer Finanzplatz zu blockieren! Denn auch Bayer und Syngenta werden von den dirty Banks UBS und Credit Suisse mitfinanziert! Wir wollen mit kollektiven, direkten und selbst-ermächtigenden Aktionen! gegen denn Profitwahnsinn und die Zerstörungswut des Kapitalismus vorgehen!!!

Wenn wir an Syngenta und Bayer denken, müssen wir auch an die Klimakrise denken. Wir müssen an eine industrielle Landwirtschaft denken, die die Klimakrise fördert und Bauern und Bäuerinnen in die Abhängigkeit von Grosskonzernen zwingt. Wir dürfen und müssen aber **auch** an die Lösungen denken, und wie diese zu erreichen sind.

Nun lasst uns gemeinsam laut und bestimmt ein Zeichen setzen gegen die Zerstörung die die Multis anrichten, gegen ihren Profitwahnsinn und für eine lebenswerte Zukunft für alle!



Franziska Herren von der Trinkwasserinitiative:

(Mit-Initiantin der Eidgenössische Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»)

Liebe Anwesende

Wir investieren jährlich Milliarden an Subventionen in die Landwirtschaft und fördern damit den Pestizideinsatz in unserer Lebensmittelproduktion und somit unsere eigene Wasserverschmutzung und Umweltzerstörung.

Mit deinem Steuergeld verdient Bayer & Syngenta viel Geld und vergiftet uns!

Mit der Trinkwasserinitiative wollen wir diesen unhaltbaren Zustand beenden.

Wir verlangen, dass unsere Steuer-Milliarden nur noch in eine pestizidfreie Landwirtschaft investiert werden. Eine Landwirtschaft also, die ohne chemisch synthetische Pestizide gesunde Lebensmittel produziert, die unsere Lebensgrundlagen respektiert und so sauberes Trinkwasser, gesunde Böden, hohe Biodiversität und gesundes Klima für unsere Kinder und die folgenden Generationen sicherstellt. So entsteht eine nachhaltige Basis für unsere Gesundheit und Ernährungssicherheit.

Wir fordern zudem, dass keine Subventionen mehr in die industrielle von Futtermittelimporten und Antibiotika abhängige Massentierhaltung fliessen. Auch die landwirtschaftliche Forschung, Beratung, Ausbildung sowie Investitionshilfen werden nur noch finanziell unterstützt, wenn sie die neuen Ziele und Auflagen verfolgen und einhalten.

Mit der Trinkwasserinitiative haben wir die Macht, Bayer & Syngenta den Geldhahn zuzudrehen und die jährlichen Milliarden an Subventionen neu in eine pestizidfreie Zukunft zu investieren!

Liebe Anwesende, eure Tatkraft und eure Bereitschaft für die Vision einer pestizidfreien Landwirtschaft einzustehen, macht eine erfolgreiche Abstimmung möglich!

Ich rufe euch deshalb auf, möglichst zahlreich an unserer Aufklärungskampagne mitzumachen. Wir Schweizer sind heute so schlecht über die aktuellen Missstände informiert! Das wollen wir gemeinsam ändern! Bitte meldet euch über uns!

www.Initiative-für-sauberes-Trinkwasser.ch



Samira Marti, Nationalrätin und Vizepräsidentin der SP Baselland:

2017, im zentralindischen Yavatmal. Innert 12 Wochen wurden etwa 800 Landarbeiter schwer vergiftet. Über 20 von ihnen starben. Der Grund? Sie haben gearbeitet. Als Landarbeiter mussten sie Pestizide auf die Baumwollfelder austragen, unter anderem das Pestizid Polo. Dreimal dürft ihr raten, woher der entsprechende Wirkstoff stammt. Er kommt direkt aus der Schweiz, aus Basel. Die entlarvende Wahrheit: Hierzulande ist dieser Stoff wegen seiner Gefährlichkeit für Gesundheit und Umwelt schon längst verboten.

Ein Jahr später berichtete das 10vor10 über den Vorfall. Und anstatt dass die Verantwortlichen bei Syngenta beschämt zu Boden schauten und zugaben, dass der Profit für sie über allem – auch über der Würde und der Existenz der Menschen und der Natur – steht, reichen sie Beschwerde beim Ombudsmann ein, wegen Rufschädigung, Thesenjournalismus und angeblich journalistischen Fehlleistungen.

Es gibt dutzende solche Beispiele aus der ganzen Welt. Doch gerade letzte Woche hat ein Ehepaar in den USA gegen den Konzern vor Gericht gewonnen. Sie hatten über Jahrzehnte den Monsanto-Unkrautvernichter Roundup auf ihren Grundstücken verwendet. Nun sind sie beide an Krebs erkrankt. Sie haben nun vor einer US-Jury Schadenersatz von ca. 2 Milliarden Franken zugesprochen bekommen. Dieses Beispiel zeigt: Es lohnt sich zu kämpfen! Es lohnt sich gegen die Praktiken vorzugehen!

-Pause-

Denn sogar die Weltgesundheitsorganisation WHO stufte das Pestizid vor vier Jahren als “wahrscheinlich für Menschen krebserregend” ein. Und die Wissenschaft warnt seit langem davor, dass Pestizide in der Landwirtschaft die Biodiversität reduzieren. Dass sie das Trinkwasser verschmutzen. Dass sie unsere Existenzgrundlagen zerstören. Wir wissen es alle, dass die Pestizid-Konzerne im globalen Süden Enteignungen von Kleinbauern vorantreiben, Gewerkschaftsführer ermorden lassen und in ihrer Monopolstellung wie Monarchen die Landwirtschaftsbranche und damit unseren Planeten führen.

Und wir wissen auch, dass eine giftfreie Landwirtschaft eben keine Utopie wäre, sondern die einzige Lösung ist. Für die Menschen, für die Tiere und die Natur. Die Frage die sich nun stellt, ist: Warum zum Teufel dürfen diese Mittel trotzdem noch zum Einsatz kommen? Und die Antwort, liebe Demonstrierende, ist leider simpel: Weil heute der kurzfristige private Profit über allem steht, auch über Menschen und Natur. Und weil international tätige Firmen ihren Sitz in der Schweiz haben, hier Arbeitsplätze anbieten und damit quasi den Preis begleichen, damit sie die ärmeren Regionen dieser Welt ungeniert und schrankenlos ausbeuten dürfen.

Wir stimmen bald über etwas ab, was ein Teil der Lösung im Kampf gegen Monsanto & Bayer sein kann: Die Konzernverantwortungsinitiative. Mit einem JA wäre diese Praktiken nicht mehr möglich. Monsanto & Bayer könnte nicht mehr länger die Augen vor Menschenrechtsverletzungen in ihrer Geschäften verschliessen. Gerade im Umgang mit dem giftigen Pestizid müsste das Unternehmen zum Schluss kommen: Eine gefahrenlose Anwendung kann nicht sichergestellt werden, der Verkauf wird eingestellt. Punkt. Konzerne mit Sitz in der Schweiz müssten sicherstellen, dass sie



auch im Ausland die Menschenrechte respektieren und Umweltstandards einhalten. Und damit sich auch dubiose Konstrukt daran halten, sollen Verletzungen und Missachtungen Konsequenzen haben. Die Konzerne müssen für ihr Handeln haftbar gemacht werden können!

-Pause-

Liebe Mitstreiter*innen, lasst uns bunt und kreativ weiterziehen, bis vor den Hauptsitz von Monsanto & Bayer, der so viel Elend und Zerstörung auf diesem Planeten anrichtet. Seid laut, seid ungemütlich. Vielen Dank!



Tonja Züricher, Co-Präsidentin BastA! und Grossrätin Basel-Stadt:

Staatlich subventionierter Raubbau an Mensch und Natur

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Liebe Freundinnen und Freunde

Morgen stimmen wir über die sogenannte STAF ab. Also über die Neuauflage der abgelehnten Unternehmenssteuerreform 3. Was hat das mit der heutigen Demo zu tun?

Wir stimmen morgen mit der STAF auch über Patentboxen ab. Patentboxen dienen nur einem einzigen Ziel: Gewinne, die mit Patenten gemacht werden, möglichst gering zu versteuern.

Also beispielsweise Patente auf Saatgut, mit denen verhindert wird, dass Bäuerinnen selbst Saatgut nachzüchten können. Patente, mit denen die Monopolisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft vorangetrieben und Kleinbäuerinnen und -bauern weltweit von den Agro-Konzernen abhängig gemacht werden. Patente, mit denen viele Kleinbäuerinnen und -bauern in den Ruin und teilweise sogar in den Selbstmord getrieben werden.

Neben dem Saatgut profitiert Syngenta auch bei Pestiziden von Sondervergünstigungen bei den Steuern. Und selbst für Gentech-Produkte können sie noch Steuer geschenke abholen. Mit den Patentboxen wird also all das staatlich gefördert, gegen das wir heute demonstrieren!

Patentboxen haben aber noch eine weitere perfide Wirkung: Sie dienen der Verschiebung von Gewinnen von Tochterfirmen aus den Ländern des Südens zum Schweizer Sitz. Indem den Tochterfirmen für die Nutzung der Patente überrissene Kosten angerechnet werden, fällt der Gewinn buchhalterisch nicht im globalen Süden, sondern bei uns an und wird hier billigstversteuert. Mit den Patentboxen werden den Ländern des Südens also auch noch massiv Steuergelder entzogen. Ihnen fehlt dadurch das Geld für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit. Nicht zuletzt wird diesen Ländern auch das Geld entzogen, das sie dringend für die Gesundheitsversorgung und die finanzielle Unterstützung von Pestizidopfern brauchen.

Patentboxen sind nichts anderes, als staatlich subventionierter Raubbau an Mensch, Natur und dem globalen Süden!

Insgesamt ist die Steuerpolitik der reichen Länder für 200 Milliarden Einnahmeverluste verantwortlich. Die Schweiz allein entzieht dem globalen Süden 30 – 40 Milliarden, das ist 10x so viel wie an Entwicklungsgeldern zurückfliesst. Die Schweiz und Konzerne wie Syngenta profitieren massiv auf Kosten armer Länder und ihrer Bevölkerung.

Die STAF-Unternehmenssteuervorlage ist ein weiterer direkter Angriff auf die globale Solidarität und die Lebensgrundlagen von uns allen!

Reden am March against Bayer & Syngenta, Basel, 18. Mai 2019



Darauf gibt es nur eine Antwort:

Nein zu STAF! Für die internationalen Solidarität!



Aurora García von Solifonds:

Liebe Teilnehmende des March against Bayer and Syngenta,

Liebe Aktivistinnen und Aktivisten

Mit dem kalten Putsch gegen Dilma Rousseff ist in Brasilien eine äusserst schwere Zeit angebrochen. Die Zulassungen von Gentech-Saatgut und Agrargifte haben seither massiv zugenommen, erst recht seit dem Amtsantritt von Jair Bolsonaro als Präsident: es vergeht praktisch kein Tag, an dem nicht ein neues Gentech-Saatgut oder Pestizid zugelassen wird.

Bolsonaros Rechtsaussen-Regierung zeigt offen ihre Komplizenschaft mit den Agrarunternehmen: Posten im Verwaltungsapparat wurden an VertreterInnen der Agrarlobby und der Grossgrundbesitzer vergeben, wie bspw. das Staatssekretariat für Landfrage, und jegliche Förderung von Grossgrundbesitzern und Agrarmultis wird erfüllt.

Damit hat auch der Druck auf Land massiv zugenommen – auf Kosten der Indigenen und Landlosen Brasiliens. Damit die Agrarindustrie Zugang zu noch mehr Land hat, übertrug Bolsonaro gleich nach seiner Wahl die Demarkierung indigener Gebiete dem Landwirtschaftsministerium, das von der Agrarlobby dominiert wird – eine klarer Angriff auf Indigene! Indigene Bevölkerungen drohen vertrieben und der Amazonasregenwald abgeholzt zu werden.

Die Zunahme von Kriminalisierung und Gewalt gegen soziale Bewegungen und Indigene ist beängstigend. Bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen wurden Camps der Landlosenbewegung MST abgebrannt, die Angriffe haben jedoch seit der Wahl Bolsonaro zugenommen. MST-Siedlungen drohen Räumungen, und Bolsonaro hatte schon während des Wahlkampfes angekündigt, dass er die Landlosenbewegung MST als Terrororganisation erklären lassen will.

Für den SOLIFONDS ist es enorm wichtig, den Widerstand gegen die Politik der Regierung Bolsonaro zu stützen und die sozialen Bewegungen Brasiliens zu stärken, damit sie wissen, dass sie nicht allein sind. Sie zählen auf unsere Solidarität, denn wie eine Führungsperson der MST-Leitung gesagt hat: 2019 wird ein Jahr des Kampfes und des Widerstands!